



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag
- Neue Fassung -

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

06/SVV/0548

öffentlich

Betreff:
"Abschiebestopp"

Erstellungsdatum 14.06.2006

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion DIE LINKE. PDS, SPD, Grüne/B90,
>Die Andere<

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
30.08.2006	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den vom Oberbürgermeister ausgesprochenen „Abschiebestopp“ für Ausländer, die sich seit langem in der Landeshauptstadt aufhalten.
Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt fordert die Landesregierung auf, nach dem Beispiel des Landes Berlin einen landesweiten Abschiebestopp für seit langem in Deutschland geduldete Ausländer auszusprechen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktion DIE LINKE. PDS

Mike Schubert
Fraktion SPD

Peter Schüler
Fraktion Grüne/B 90

Ute Grimm
Fraktion >Die Andere<

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Zuge der Neuregelung des Zuwanderungsgesetzes muss endlich Klarheit und Sicherheit für Ausländer geschaffen werden, die sich schon längere Zeit auf der Grundlage einer Duldung in Deutschland aufhalten und hier leben wollen. Im Vorgriff auf die notwendigen Bundesregelungen sollten die Stadt und das Land ihren Beitrag zur humanitären Lösung ausländerrechtlicher Problemfälle leisten.